

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 47 (1972)
Heft: 6

Buchbesprechung: Literatur

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Umgliederung von zwei Panzergrenadier-Divisionen der Bundeswehr in Jäger-Divisionen steht vor dem Abschluss. Sie sind speziell für die bewegliche Kampfführung geeignet und erhalten einen starken Panzerkern. Besonderes Gewicht wird auf den Ausbau der Panzerabwehr gelegt.

UCP

*

England

Neue britische Kanone hat eine Reichweite von 17 Kilometern



Eine neue britische leichte Kanone wurde vor kurzem an der Royal School of Artillery in Südengland vorgeführt. Auf unserem Bild sieht man ihre 16 kg schwere Granate, die soeben den Lauf verlassen hat.

Die Kanone, offiziell bekannt als die leichte Schleppkanone 105 mm, ist ausserordentlich widerstandsfähig gebaut und kann mit hoher Geschwindigkeit von einem Eintonnenfahrzeug über rauhes Gelände geschleppt werden. Sie wiegt nur 1814 kg und kann von einem mittelgrossen Hubschrauber an den Bestimmungsort transportiert oder in zerlegtem Zustand von zwei leichten Hubschraubern befördert werden.

Mit einer Feuergeschwindigkeit von bis zu sechs Schuss pro Minute und einer Reichweite von 17 000 m ist sie schneller und wirksamer als die Haubitze, an deren Stelle sie tritt. Sie kann eine 16-kg-Granate bis auf mehr als 7000 m — nahezu die Höhe des Mount Everest — feuern, um ein Ziel auf der anderen Seite eines Berges zu erreichen.

Die Kanone wird in der Royal Ordnance Factory in Nottingham hergestellt werden, und man rechnet damit, dass sechs britische leichte Artillerie-Regimenter bis 1974 damit ausgerüstet sein werden. Nachfragen sind bereits aus mehreren Ländern eingegangen.

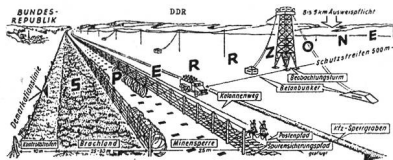
*

Deutschland

Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR

Eine scharfgeladene Feldbefestigung zieht sich 1381 km zwischen den beiden Teilen von Deutschland durch: ein «Todesstreifen», danach der doppelte Drahtzaun von

Travemünde bis zur tschechoslowakischen Grenze, in dessen Zwischenraum dreifach Stacheldrahtrollen verspannt und scharfe Schützenminen verlegt sind; unmittelbar anschliessend der Kraftfahrzeug-Sperrgraben mit einer Länge von 500 km, der eine Flucht mit LKW aus der DDR verhindern soll; der 500-m-Schutzstreifen, in dem sich die Posten der DDR-Grenzkompagnie sowie ein Netz von Feldbefestigungen, wie zahllose Erdbunker mit Beobachtungs- und Mg-Ständen, Wachttürmen und Signalanlagen, befindet.



Entlang der Grenze gibt es auch einen Kolonnenweg, der die rasche Verschiebung von Reserven gewährleistet.

Die «Sicherungsanlagen» umfassen ausserdem rund 1100 Beobachtungstürme und -stände. Der Minengürtel verläuft innerhalb des doppelten Stacheldrahtzaunes und hat eine Länge von etwa 720 km. Viele hunderttausend Minen sind in den letzten Jahren hier verlegt worden. Es handelt sich hierbei um sogenannte S-Minen (Splitterminen). Sie sind gegenseitig mit feinen Drähten verbunden. Auf Zug, beim Dagegenlaufen, wird die Explosion ausgelöst. An einzelnen Stellen sind auch Druckminen verlegt. Sie erzeugen grässliche Verletzungen, wenn ein Flüchtling darauftritt. Stand: Herbst 1971.

A. B.

*

Schweden

Zäher Widerstand im ganzen Land weiterhin Ziel der schwedischen Verteidigung

Das erste Ziel der schwedischen Landesverteidigung soll sein, einen konventionellen Angriff abzuwehren und einen Angreifer so lange wie möglich daran zu hindern, auf schwedischem Boden Fuss zu fassen, erklärt der «Verteidigungsausschuss 1970» in dem vor kurzem dem Verteidigungsminister vorgelegten Bericht.

Das ganze Land umfassender zäher Widerstand sei einem starken Initialeinsatz vorzuziehen, heisst es im Gutachten, in dem man von Guerilla-Verteidigung oder zivilem Widerstand als einer Alternative zum jetzigen Verteidigungssystem Abstand nimmt.

Die Strategie sollte nicht die notwendigen Massnahmen für einen fortgesetzten schwedischen Widerstand ausschliessen, auch für den Fall, dass eine Eskalation von konventionellen zu nuklearen Streitmitteln eintreffen sollte, heisst es. Dementsprechend sollten vorbeugende Massnahmen getroffen werden, um das Überleben der zivilen Bevölkerung sicherzustellen, falls eine solche Situation aufkommen sollte.

Der Ausschuss äussert sich positiv zur Entwicklung einer Jagdversion des Viggen-Düsenflugzeuges, das es zurzeit in einer Attacken- und einer Aufklärungsversion gibt. Im Bericht heisst es auch, dass Schweden eine eigene Rüstungsindustrie benötigt und auch zukünftig imstande sein sollte, Unterseeboote zu entwickeln und zu bauen.

Reorganisierte Zivilverteidigung

Die Zivilverteidigung sollte nach Ansicht des Ausschusses so umgestaltet werden, dass sie sich der Tatsache anpasst, dass die Bevölkerungszentren an sich keine Hauptziele sind.

Der Ausschuss äusserte sich einmütig für die Beibehaltung der Wehrpflicht, obwohl bezüglich der Dauer des Wehrdienstes eine gewisse Uneinigkeit herrscht.

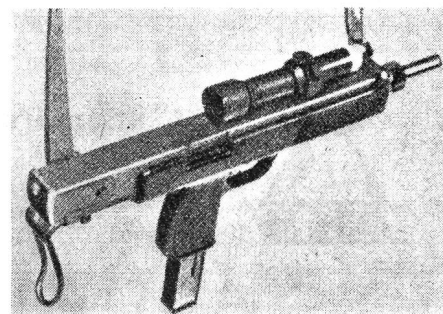
Die obere Grenze des Fünfjahres-Verteidigungsetats 1972/73 bis 1976/77, in 1971er-Preisen, sollte nach Auffassung der sozialdemokratischen Mehrheit des Ausschusses auf 32 700 Millionen schwedische Kronen festgesetzt werden. Andere Ausschussmitglieder möchten die Grenze etwas höher setzen. Niemand ist jedoch bereit, den Vorschlag des Oberbefehlshabers der schwedischen Streitkräfte auf 35 800 Millionen Kronen anzunehmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses war der frühere Handelsminister Gunnar Lange.

*

Österreich

Mp Kaliber 9 mm



Das österreichische Bundesheer, das bisher mit Maschinenpistolen deutscher und sowjetischer Herkunft aus dem Zweiten Weltkrieg ausgerüstet war, hat jetzt die Mp 69, eine Weiterentwicklung der israelischen Mp Uzi, eingeführt. Die wichtigsten taktisch-technischen Daten lauten: Patrone 9 mm × 19 (Parabellum), Gewicht ohne Magazin etwa 2,93 kg, Schussfolge etwa 550 Schuss/Minute. Die Waffe wird in Österreich bei der Steyr-Daimler-Puch AG in Lizenz gefertigt.

A. P.

Literatur

Haug/Maessen

Kriegsdienstverweigerer: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

Fischer-Taschenbuch Nr. 1173, 1971

Die beiden Autoren Haug und Maessen haben sich bereits einen Namen gemacht mit ihren anderen agitatorischen Veröffentlichungen, u. a. «Was wollen die Schüler?» (1970) und «Was wollen die Lehrlinge?» (1971). Das Taschenbuch über Kriegsdienstverweigerung enthält eine Sammlung von Aufsätzen, deren Tenor in der Befürwortung der politischen Dienstverweigerung besteht. Die Dienstverweigerung aus pazifistischen Gründen wird abgelehnt. Auch der Ersatzdienst für Dienstverweigerer in Deutschland wird abgelehnt. Die einzelnen Aufsätze sind wenig systematisch geordnet und wiederholen sich z. T. über längere Stellen.

Bemerkenswert scheint mir die in den Aufsätzen gegenüber der Sowjetunion zum Ausdruck kommende Haltung. Nicht nur unterbleibt die Kritik am sowjetischen Militarismus, sondern die Sowjetunion wird im Gegenteil für ihre kriegsvermeidende Haltung gelobt. Es ist dies eine Haltung

gegenüber den kommunistischen Ländern, die in den Schriften der Neuen Linken mehr und mehr zu beobachten ist. War es vor einiger Zeit noch Mode, die Sowjetunion wenigstens wegen ihrer Intervention in der Tschechoslowakei zu kritisieren oder sie einfach zu übergehen, wird sie in neuester Zeit mehr und mehr als Vorbild hingestellt.

Nachstehend die Zusammenfassung der mir am wichtigsten scheinenden Gedanken der Schrift:

1. Gegen die Militarisierung der Gesellschaft (Haug/Maessen)

Die angebliche Verteidigungsrolle der Bundeswehr gegenüber den sozialistischen Ländern sei schon deshalb eine Farce, weil die Sowjetunion im Gegensatz zu Deutschland noch nie einen Krieg angefangen habe. Übrigens hätten sich auch die sowjetischen Führer Breschnew und Kossygin mehrere Male für die Politik der «friedlichen Koexistenz» ausgesprochen. Auch widerspreche ein Export der Revolution jeglichem revolutionären Selbstverständnis.

Mit Genugtuung wird die wachsende Zahl der Dienstverweigerer in Deutschland registriert. War von 1964 bis 1967 die Zahl der Antragsteller von 2800 auf 6000 gestiegen, so erreichte sie 1968 bereits 12 000, 1969 14 500 und 1970 gar 19 400. Für 1971 werden es nach Angaben des Verteidigungsausschusses zwischen 35 000 und 40 000 sein. Die Forderungen der Ostermarsch-Kampagne waren noch rein pazifistisch: Es ging gegen jegliche Bereitschaft zum Töten, gleich in welcher Armee. Durch die Analyse der Notstandsgesetze, des Bündnisses mit Portugal und Griechenland sowie das militärische Eingreifen der USA in Vietnam wurde dann aber das politische Bewusstsein vieler Kriegsdienstverweigerer geschärft. Es ging nicht mehr um eine Dienstverweigerung schlechthin, sondern um die Dienstverweigerung in der deutschen Bundeswehr mit ihren spezifisch aggressiven Aufträgen. Es handelte sich auch nicht mehr nur darum, einfach keinen Dienst zu machen, sondern mit der Parole «Paralysiert die Bundeswehr» innerhalb des Heeres zu agitieren. Neuerdings beginnen auch die Ersatzdienstleistenden zu rebellieren und sich zum Widerstand zu organisieren. «Sie wollen keinen Ersatz, sondern einen Alternativdienst. Sie wollen diese Gesellschaft nicht verteidigen, auch nicht gewaltlos, sie wollen sie verändern in eine, in der wirklich Gerechtigkeit herrscht, in eine demokratische und sozialistische.» — Die rasch um sich greifende Agitation und Rebellion auch innerhalb des Ersatzdienstes in Deutschland beweist, dass mit der Einführung eines Zivildienstes die politische Dienstverweigerung nicht gelöst ist.

2. Erziehung zum Untertan (Schulz)

Schulz geht es darum, dass die militärische Erziehung, d. h. die Erziehung zum Untertan, bereits in Familie und Schule beginnt. Der Militärdienst ist letztlich nur die logische Fortsetzung einer «eindimensionalen» Erziehung, welche die Ausrottung jeglicher Widerstandsgelüste zum Ziel hat. Schon die Eltern schränken die Verhaltensmöglichkeiten des Kindes weitgehendst ein, geben ihm Regeln und Wertmassstäbe, die nicht der Erfahrung und den Überlegungen des Kindes entspringen. Das Kind hat nur die Wahl zwischen Gehorsam und Strafe. Das Kind hat keine andere Wahl, als zu gehorchen und sich zu unterwerfen. Nach dem gleichen System geht die Erziehung dann in der Schule weiter. Nach Schulz kann

man es als Regel betrachten, dass die «Oberschicht» ihre Kinder vorwiegend durch Spott und Hohn erzieht. Die Angehörigen der Mittelschicht dagegen, d. h. vor allem Angestellte und Beamte, erziehen die Kinder vorwiegend mit Lob und Tadel, während die Angehörigen der «Unterschicht», d. h. vorwiegend Arbeiter, Gehorsam und Triebverzicht weitgehend mit körperlichen Strafen herbeiführen. Die militärische Erziehung ist dann der letzte Versuch, die Unterdrückung bzw. Bestechung möglichst weit hinauszuzögern. Die Umwandlung des Zivilisten in eine Militärperson ist ein Akt der «äussersten Gewalttätigkeit». Die Bundeswehr ist eine «totale Institution», ähnlich den Zuchthäusern.

Als «Hauptziele» der militärischen Erziehung bezeichnet Schulz:

- Möglichst vollständige Vernichtung des Selbstwertgefühls
- Erzeugung möglichst intensiver Strafängste
- Nachdrückliche Demonstration der Aussichtslosigkeit jeder Art von Widerstand
- Unterwerfung unter die von der Ausbildung vertretenen Damen und Herren

Es folgt dann eine haarsträubende Schilderung der gewalttätigen Erziehungsmethoden im Militärdienst, wobei Schikane und Schleifermethoden als Regel dargestellt werden.

Wenn dieser Staat es will, dann ist ein braver Familienvater eine mordende Kampfmaschine, dann ist ein hochqualifizierter Facharbeiter ein Schwein, das sich nach den Kommandos eines eben der Hilfsschule entronnenen Hilfsausbilders hinwegwälzt. Die Methoden des physischen und psychischen Terrors werden jedoch nur gegenüber den Arbeitern angewendet. Dagegen werden die Angehörigen der Mittel- und Oberschichten besser behandelt, um sie zu Wohlverhalten anzuregen und entsprechend dann auch zu fördern. Durch das Verfahren der Kollektivstrafe wird die Kameradschaft erzwungen, die jedoch nicht auf echter Zuneigung freier Menschen beruht, sondern ein Mittel darstellt, die individuelle Persönlichkeit des Soldaten zu zerstören.

Das Feindbild ist einseitig, und auch in der «politischen Bildung» (!) werden der Kommunismus und die Russen als alleiniger Feind bezeichnet. Die Bedeutung dieser politischen Bildung darf jedoch nicht überschätzt werden, da sie auf einem sehr primitiven Niveau erfolgt und mit Schikanen erzwungen wird (Liegestütze, Kniebeugen, barscher Ton usw.).

3. Kriegsdienstverweigerung: Politische Alternative (Schwamborn)

Der Aufsatz richtet sich gegen den dogmatischen Pazifismus. Man darf die Dienstverweigerung nicht wertfrei sehen. Es muss im Gegenteil eine parteiliche Gewissensentscheidung sein. Die Ablehnung des Wehrdienstes in einem sozialistischen Land oder aber die Ablehnung der Bundeswehr, d. h. die Weigerung, «sich für das organisierte Morden ausbilden zu lassen», sind zwei grundverschiedene Dinge. Seit 1968 sind in der Bundesrepublik immer mehr Dienstverweigerer zu finden, deren Verweigerung in eine antikapitalistische Haltung und in die Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik ausmündet.

Natürlich wenden in Vietnam nicht nur die Amerikaner, sondern auch der Vietkong Gewalt an. Aber diese beiden Gewalten sind etwas sehr Verschiedenes. Während die Dienstverweigerung in der amerikanischen Armee durchaus gerecht-

fertigt ist, wäre sie auf seiten des Vietkong nicht am Platze.

Der Versuch, innerhalb der Bundeswehr revolutionäre Arbeiten zu leisten, ist vorderhand noch ein hoffnungsloses Unterfangen. Erstens sind es nur wenige Wehrpflichtige, die sich dieser mühevollen Aufgabe unterziehen. Auch besteht keine revolutionäre Organisation, die ihre Bemühungen koordinieren würde. Ausserdem versucht die Bundeswehr durch Versetzungen der Gefahr zu begegnen. Angesichts dieser Inflation ist der Moment für eine wirksame politische Arbeit innerhalb der Bundeswehr noch nicht gekommen.

Dagegen kann die Bundeswehr durch die Kriegsdienstverweigerung sehr wohl in ihren Grundfesten erschüttert werden. Die bis jetzt aufgetretenen 100 000 Kriegsdienstverweigerer sind eine eindruckliche Demonstration gegen die militaristische Politik der Bundesregierung. Sie haben die Grundlagen der Politik der Stärke erschüttert, so dass die Stellung der Bundesrepublik in den Verhandlungen mit den Staaten des Warschauer Paktes geschwächt ist.

Um ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen, schlossen sich die Kriegsdienstgegner 1968 in der «Deutschen Friedensgesellschaft» und der «Internationale der Kriegsdienstgegner» zu einem fusionierten Verband zusammen. Der Verband hat etwa 12 000 Mitglieder.

4. Über die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden (Autoren kollektiv)

Der Ersatzdienst ist kein Ausweg für den politischen Kriegsdienstverweigerer. Er wird dort eingesetzt, wo zuwenig Arbeitskräfte vorhanden sind, erhält nur ungenügenden Lohn, hilft also mit, soziale Konflikte zu verwischen. Deshalb leisten Kriegsdienstverweigerer im zivilen Ersatzdienst ebenfalls Widerstand.

Schon 1969 haben sich die Verantwortlichen für den Ersatzdienst besorgt über die zunehmende Agitation innerhalb des Ersatzdienstes geäußert. Anfang 1970 kam es zum ersten grossen Streik, an dem sich 600 Ersatzdienstleistende beteiligten. Bald waren viele Spitäler nicht mehr bereit, Ersatzdienstleute zu beschäftigen. Durch Flugblätter und andere Publikationen wurde versucht, die Ersatzdienstleistenden politisch besser zu organisieren und für allfällige Streiks eine möglichst breite Basis zu gewinnen. Im März 1963 fand in Frankfurt ein Bundeskongress der Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden statt, an dem neben zahlreichen Pressemitteilungen allein etwa 20 Rundfunkinterviews gegeben wurden. Der in Frankfurt darauf konstituierten Bundeszentrale gelang es, mit einer Vorbereitungszeit von nur 10 Tagen einen Streik zu organisieren, an dem sich 70 Prozent aller Ersatzdienstleistenden bundesweit beteiligten.

Im Anhang folgt dann noch ein juristischer Ratgeber für Kriegsdienstverweigerer. Dr. P. Streuli

*

Otto von Oedeleben

Napoleons Feldzug in Sachsen 1813

Verlag J. Olmes, Krefeld, 1970

Die Schilderung des sächsischen Obersten Otto Freiherr von Oedeleben, der im Hauptquartier Napoleons dessen Feldzug von 1813 in Sachsen mitgemacht hat, gehörte seinerzeit zu den klassischen Werken der Memoirenliteratur über Napoleon. Das in zweiter Auflage im Jahre 1816 erschienene Buch war allerdings längst vergriffen.

RITEX heisst Qualität.

RITEX heisst Mode.

RITEX-Herrenbekleidung
finden Sie in über 400 Fachgeschäften
in der ganzen Schweiz.

Bezugsquellennachweis durch:

RITEX AG, Herrenbekleidung,
4800 Zofingen

In einem Ritex-Anzug lässt sich's leben.
Vive la vie dans un complet Ritex.
In un abito Ritex è bello vivere.



RITEX

Die unlängst herausgegebene, auf photomechanischem Weg hergestellte Neuauflage des Originals entsprach deshalb einem Bedürfnis. Der Bericht Oedelebens beruht auf eigenem Erleben in der unmittelbaren Umgebung Napoleons. Es ist die Schilderung eines gescheiterten Mannes und klugen Beobachters, der mit kritischem Blick die Geschehnisse und vor allem die handelnden Persönlichkeiten betrachtet und sie aus seiner unmittelbaren Erinnerung beschreibt. Sehr eingehend zeichnet der Verfasser die Gestalt Napoleons mit ihren ausserordentlichen Fähigkeiten, aber auch ihren menschlichen Schwächen. Ebenso werden die militärische Umwelt des Kaisers, das Leben in seinem militärischen Hauptquartier und der dramatische Gang der Ereignisse lebendig und leidenschaftslos geschildert. Höhepunkt ist die entscheidende Völkerschlacht von Leipzig mit ihren Schrecknissen — erlebt aus der Sicht Napoleons.

Die Neuherausgabe dieses längst nicht mehr greifbaren Buches ist verdienstvoll. Es gewährt Einblicke, die in ihrer Unmittelbarkeit und Echtheit einmalig sind und die darum wie kaum eine andere Darstellung zum Verstehen des grossen Korsen mithelfen. Kurz

J. K. Zavodny

Zum Beispiel Katyn

Klärung eines Kriegsverbrechens
192 Seiten, Verlag Information und Wissen, München, 1971

Im Februar 1943 wurden im Wald von Katyn in der Nähe von Smolensk die Massengräber von mindestens 4000 durch Genickschuss umgebrachten polnischen Offizieren entdeckt. Die unaufgeklärten Massenerschiessungen lieferten der Propagandamaschine Hitler-Deutschlands einen günstigen Vorwand, um einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben. Goebbels Machenschaften zeitigten auch einige Erfolge: Die Sowjetunion brach die diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Regierung in London ab, als diese — um das Verbrechen an wehrlosen Kriegsgefangenen zu klären — ihre Zustimmung gab, das Internationale Rote Kreuz zu den Untersuchungen beizuziehen. Die Sowjetunion dagegen vertrat die Ansicht, dass die polnischen Offiziere von den Deutschen ermordet wurden, und als die Rote Armee das Smolensker Gebiet im Januar 1944 zurückeroberte, bildete Moskau eine sowjetische Kommission zur Untersuchung der Greuelthat. Selbstverständlich brachte diese Kommission das Ergebnis, das man von ihr erwartete, und zwar, dass die Polen von den Deutschen ermordet wurden. In Nürnberg jedoch, wo die alliierten Mächte über das Dritte Reich zu Gericht sassen, wurde das Katyn-Problem stillschweigend übergegangen...

Es ist heute ohne Zweifel, dass die Ermordung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn im Frühjahr 1940 geschah und daher der Sowjetunion zur Last fällt. Der Verfasser hat in jahrzehntelanger Arbeit jegliche Quelle aus Ost und West herbeigezogen, um dieses Kriegsverbrechen zu untersuchen und zu einem Ergebnis zu kommen. In neun Kapiteln behandelt er ausführlich das Thema, und wer das Buch liest, kann sich seinen Argumenten und seiner Endaussage nur anschliessen. Obwohl «Katyn» heute bereits Geschichte ist, sind die Methoden und das Gedankengut, die dieses Verbrechen heraufbeschworen, noch längst nicht aus der Welt geschafft. P. G.

Gerhart Waeger

Die Sündenböcke der Schweiz

288 Seiten, Walter-Verlag, Olten, 1971

Einer der bisher nur einseitig, das heisst ohne Anhörung der unmittelbar beteiligten Persönlichkeiten geklärten Vorfälle in der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg war die sogenannte «Affäre der 200». Ihr liegt, stark vereinfacht ausgedrückt, der Tatbestand zugrunde, dass am 15. November 1940 — einige Nachzügler folgten etwas später — 173 teils prominente Schweizer Bürger (die Zahl 200 ist eine erhebliche «Auf-rundung») in der Rechtsform der Petition eine Eingabe an den Bundesrat richteten, mit der sie der Landesregierung verschiedene hochpolitische Forderungen unterbreiteten. Die Begehren lauteten vor allem auf eine straffe behördliche Kontrolle und Lenkung der Presse unter Ausschaltung bestimmter Chefredaktoren, auf die Entfernung bestimmter Persönlichkeiten aus verantwortlichen Staatsstellen, auf die Wiedergutmachung schädigender Übergriffe der politischen Polizei, auf die vermehrte Pflege kultureller Beziehungen zu ausländischen Staaten sowie auf die Lösung aller Bindungen der Schweiz an den Völkerbund.

Als der Bundesrat im Januar 1946 unter fühlbarem Druck von rechts und links den Wortlaut der Eingabe und die Namen ihrer Unterzeichner bekanntgab, setzte in der Presse aller Schattierungen ein heftiges Trommelfeuer gegen die «Zweihundert» ein, deren Haltung als anpassersich, kollaborationistisch und unschweizerisch gebrandmarkt wurde. Der Ausdruck «Zweihundert» wurde gleichbedeutend mit «Anpassers». Unter dieser öffentlichen Diffamierung haben die Betroffenen schwer gelitten, und es waren gerade die Besten unter ihnen, die davon aus ihrer zivilen und militärischen Lebensbahn hinausgeworfen wurden.

Nachdem bereits Edgar Bonjour in seiner Geschichte der schweizerischen Neutralität versucht hatte, in der «Affäre der 200» die Akzente neu zu setzen, macht nun der Historiker Gerhart Waeger diese verhängnisvollste Petition in der Geschichte unseres Bundesstaates zum Gegenstand einer umfassenden, selbständigen Untersuchung. Die Zweifel, die Waeger an der bisherigen Beurteilung der Betroffenen hegt, kommen schon im Titel seines Buches zum Ausdruck, wo er von den «Zweihundert» als von «Sündenböcken» spricht, also von historischen Gestalten, die für die Taten anderer haben einstehen müssen. So einfach liegen die Dinge nun aber nicht, und mehr als eine Stelle des Buches wird von seinem Titel nicht restlos gedeckt.

An der Untersuchung Waegers ist besonders wertvoll, dass sie erstmals die Archive der massgebenden Persönlichkeiten der «Zweihundert» ausgeschöpft und ihre Motive erforscht. Damit wird eine Gleichmässigkeit der Äusserung aller Teile erreicht, die bisher gefehlt hat. Willkommen ist auch die Darstellung von Geschichte und Bedeutung des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz», in dessen Wirken die geistigen Wurzeln der Eingabe vom November 1940 zu suchen sind. Die jüngsten Forschungen über die Frontenbewegungen in der Schweiz werden mit dieser Abklärung über den Volksbund, von dem zweifellos nicht unbedeutende Verbindungen zu den Fronten bestanden, auf interessante Weise ergänzt. Wertvoll ist die Arbeit Waegers schliesslich auch als Beitrag zu den heute noch umstrittenen Fragen der schweizerischen Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg.

Waeger, dessen Streben nach Objektivität ausser Frage steht, bemüht sich immer wieder, die Geschehnisse und die handelnden Personen aus der damaligen Zeit und dem besonderen geistigen Klima des dunklen Jahres 1940, nicht aus der heutigen Sicht und vor allem nicht aus dem heutigen Wissen zu ergründen. Die Handlungsweise der Beteiligten kann nur aus der aussergewöhnlichen damaligen Situation verstanden und richtig gewürdigt werden — eine Forderung, die man bei uns bisweilen übersieht, namentlich dort, wo die geschichtliche Forschung im Zusammenhang mit aktuellen politischen Postulaten steht. In dieser Betrachtung wird manches verständlicher, was im reinen Rückblick als schwer begreiflich erscheint. Etwa die Betrachtung der handelnden Personen. So zeigt die Untersuchung Waegers sowohl in der Haltung verschiedener Mitglieder des Bundesrats als auch bei General Guisan recht erhebliche Schönheitsfehler, die zwar die «Zweihundert» nicht zu entlasten vermögen, sie aber doch in etwas milderem Licht erscheinen lassen. Jedenfalls hat ihr Vorgehen teilweise sogar bei höchsten Kreisen wenn auch nicht offene Zustimmung so doch auch nicht Ablehnung gefunden. Auch die politische Belastung, die von den deutscherseits in der französischen Ortschaft La Charité aufgefundenen Dokumenten ausging — von denen die Initiatoren dank ihren erstaunlich guten Nachrichtenverbindungen detaillierte Kenntnis hatten —, muss vom Jahre 1940 an für alle schweizerischen Handlungen in Rechnung gestellt werden. Waeger gibt davon eine zutreffende, wenn auch nicht ganz vollständige Schilderung.

Umgekehrt gelangt Waeger bei der Darstellung der für die Handlungsweise der «Zweihundert» entscheidenden pressepolitischen Hintergründe nicht zu restlos abschliessenden Ergebnissen. Seiner Erklärung, dass die Angriffe der «Zweihundert» gegen die Tätigkeit der schweizerischen Presse, insbesondere bestimmter Chefredaktoren, von den gleichzeitig laufenden Druckversuchen der deutschen Gesandtschaft in Bern unabhängig waren, steht die Tatsache gegenüber, dass diese deutschen Vorstösse in genau dieselben Tage fielen und dass die Exponenten der «Zweihundert» recht enge Kontakte mit den zuständigen Gesandtschaftsvertretern unterhielten. Der Schluss Waegers, dass den «Zweihundert» nach dem Grundsatz «In dubio pro reo» nicht der Vorwurf einer unzulässigen Zusammenarbeit mit den Deutschen gemacht werden kann, ist zwar konsequent, aber dennoch nicht ganz befriedigend.

Waeger weist abschliessend für die «Zweihundert» den Vorwurf der Anpassung, der Kollaboration und des geistigen Landesverrats zurück. Dazu ist zu sagen, dass diese Entlastung sicher für die grosse Zahl der Mitläufer zutrifft, die mehr oder weniger unkritisch die Petition unterzeichnet haben. Ob sie aber auch für die geistigen Urheber, welche die Forderungen aufgestellt und die Begründungen redigiert haben, gilt, ist eine Frage, die nicht objektiv eindeutig beantwortet werden kann. Wer bereit ist, die Führer der «Zweihundert» vom schweren Vorwurf der Anpassung und der Kollaboration zu entlasten, wird jedoch auf keinen Fall darum herumkommen, ihr Verhalten zum mindesten als höchst unklug oder — anders gesagt — als sehr naiv zu qualifizieren. Waeger hätte diesen unvermeidlichen Schluss noch etwas deutlicher ziehen können.

Kurz



Zivilschutz Protection civile Protezione civile Protecziun civila

Das monatlich mehrsprachig erscheinende Organ des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz. Das Abonnement ist für Mitglieder des Bundes im Jahresbeitrag begriffen.

Beglaubigte Nutzaufgabe: 26 333 Exemplare.

Anfragen und Bestellungen sind an das **Zentralsekretariat des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz, Schwarztorstrasse 56, 3007 Bern**, zu richten.